

Gute Schule für alle

„Bremen braucht Talente – von Anfang an. Bildung ist für uns mehr als bloße Gewinnung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt. Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Bildung ist ein Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eigene Leben gestalten zu können.“

Diese Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag 2011-15 steht immer noch und wieder bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz oben auf der Agenda, insbesondere jetzt im Zuge der Haushalts-Beratungen für 2014/15.

Nachdem in der letzten Legislaturperiode die Diskussion um die Schulstrukturreform (Stichwort Schulkonsens) eine wichtige Rolle gespielt hatte und diese mit dem Beschluss über das veränderte Schulgesetz abgeschlossen wurde, geht es in dieser Legislaturperiode um die Umsetzung der Schulreform und ihre inhaltliche Ausgestaltung.

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Wir haben mit Renate Jürgens-Pieper an der Spitze einen bundesweit beachteten Schulkonsens erreicht. Wir haben begonnen, das Schulsystem erfolgreich zu mehr gemeinsamen und ganztägigen Lernen umzubauen. So wurden Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen gegründet, die Schüler-Lehrer-Relation ist auf unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Das ist vor allem gelungen, weil wir in der Regierung in den letzten Jahren auch finanzielle Schwerpunkte in die Bereiche Bildung, Kinder und Jugend gesetzt haben. Durch Umsteuerung in diese Bereiche hat die rot-grüne Regierung in den Jahren 2007-11 und 12/13 umfangreiche Schwerpunktmittel bereitgestellt.

Unter der angespannten finanzpolitischen Rahmenbedingungen eines Haushaltsnotlagelandes müssen wir große Anstrengungen unternehmen, um unsere wichtigen Bildungspolitische Ziele weiterzuführen. Wir werden den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, aber die einzelne Bausteine möglicherweise langsamer und gezielter einsetzen. Dazu ist es unumgänglich, dass wir gezielt Prioritäten setzen.

Deshalb stellt der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fest und fordert die Bürgerchaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, entsprechend der folgenden Grundsätze zu handeln:

1) Bildung, Kinder und Jugendliche werden weiterhin wichtige Schwerpunkte der Regierung in dieser Legislaturperiode bleiben. Wir setzen die Schulreform (Sprachförderung, Ausbau des Ganztagsunterrichts, Weiterführung der Inklusion, Stärkung der Oberschulen) weiter fort. Der überparteiliche Schulkonsens und dessen Umsetzung muss weiter finanziell abgesichert werden.

2) Für Grundschulen in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf bzw. mit Schülerinnen und Schülern, die überwiegend in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf wohnen, aber bislang noch nicht Ganztagschulen sind, müssen Übergangslösungen finanziert werden wie z. B. die Unterstützung bei Hausaufgaben und die Organisation eines Mit-

tagstisches. Die längeren Lern- und Betreuungszeiten verbessern die sprachliche Qualifikation und die Integration.

3) Gerade bei enger werdenden finanziellen Spielräumen ist eine transparente Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsgrundlagen und Prioritätensetzungen (Stellen- und Stundenzuweisungen, Abordnungen, Kapazitätsgrenzen und Klassengrößen) und die Kooperation aller Beteiligten (Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Eltern, Bildungsverwaltung) unabdingbar.

4) Nachdem wir feststellen können, dass sich die neue Schulstruktur über wiegend mit mehr Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen bewährt hat, setzen wir einen Schwerpunkt jetzt auf die Weiterentwicklung der Qualität der Unterrichtsversorgung.

5) Die bisherigen Schwerpunktmittel der Bereiche Bildung, Kinder und Jugend müssen im Zuge der Haushaltsberatungen mit Aufwachsen der Projekte verstetigt werden. Die Schwerpunktmittel müssen gerade bei enger werdenden Spielräumen zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit eingesetzt werden und deshalb vor allem in den Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf gebündelt und gezielt eingesetzt werden.

6) Es muss eine ausreichende und verlässliche Grundversorgung des Unterrichts gewährleistet sein. Ohne Absicherung der Mindeststandards ist ein sinnvoller Ausbau nicht möglich. Stundenausfälle müssen die Ausnahme bleiben. Der Vertretungsunterricht ist sicherzustellen.

7) Die Fortsetzung der Einführung des inklusiven Unterrichts darf nicht gefährdet werden. Ein ausreichender und wenn nötig auch zeitweise gesonderter Unterricht verhaltensauffälliger Kinder ist für die Akzeptanz des inklusiven Unterrichts insgesamt erforderlich. Die hierfür bereit gestellten Ressourcen reichen offensichtlich nicht aus. Die SPD Bremen-Stadt erwartet hier eine angemessene Nachbesserung. Ein Runder Tisch Inklusion kann der gemeinsamen Problemlösung dienen und die gesellschaftlichen Akzeptanz unterstützen.

8) Der Ausbau des Ganztagsunterrichts in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht wird schrittweise fortgesetzt. Dabei legen wir Wert auf die gebundene Form. Ganztägiges Lernen ist eines der Schlüsselthemen zum Erreichen von Chancengleichheit im Bildungssystem.

Ein mittel- und langfristiger Masterplan Ganztagsunterricht soll die Meilensteine und Schritte des Ausbaus als verlässliche Planungsgrundlage darstellen.

9) Auf Bundesebene fordert die SPD Bremen-Stadt die Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes. Gute Bildung und Teilhabe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen.